

Antrag

der Abgeordneten Dr. Friedbert Pflüger, Christian Schmidt (Fürth), Dr. Christian Ruck, Peter Hintze, Hermann Gröhe, Dr. Wolfgang Schäuble, Dr. Wolfgang Bötsch, Anke Eymer (Lübeck), Erich G. Fritz, Karl-Theodor Freiherr von und zu Guttenberg, Joachim Hörster, Volker Kauder, Gerlinde Kaupa, Claudia Nolte, Ruprecht Polenz, Dr. Klaus Rose, Volker Rühle, Bernd Schmidbauer, Dr. Andreas Schockenhoff, Dr. Hans-Peter Uhl und der Fraktion der CDU/CSU

Für ein konsequentes Engagement in Afghanistan

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Deutsche Bundestag hält es für erforderlich, das Mandat zur Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz einer Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (ISAF) zu verlängern. Der Einsatz der Bundeswehr im Rahmen der von der NATO geführten und von den Vereinten Nationen mandatierten ISAF-Mission ist ein unverzichtbarer Beitrag im Kampf gegen den internationalen Terrorismus und zur Stabilisierung Afghanistans. Durch das Eingreifen und die Präsenz der internationalen Gemeinschaft ist der über 20 Jahre alte Bürgerkriegszyklus beendet und die Rückkehr Afghanistans in die internationale Gemeinschaft ermöglicht worden. ISAF, die Operation Enduring Freedom (OEF) und die Regionalen Wiederaufbau-teams (PRT) gemeinsam wirken befriedend und stabilisierend. Ein Ausdruck davon ist auch die hohe Zahl von rund 10,5 Millionen Wählern (davon rund 42 Prozent Frauen), die sich für die Präsidentenwahlen haben registrieren lassen, auch wenn diese Zahl wegen Mehrfachregistrierungen nach unten zu korrigieren sein wird. Die Verfassungs-Loya Jirga funktioniert. Beim Neuaufbau der Polizei wurden seit Mitte 2002 über 3 500 Polizeioffiziere aus- und fortgebildet. Seit 2001 sind mehr als 3,6 Millionen Binnenvertriebene und Flüchtlinge zurückgekehrt.

Der Deutsche Bundestag stellt mit großer Sorge fest, dass sich die Sicherheitslage im Vorfeld der für den 9. Oktober angesetzten Präsidentenwahlen zuspitzt: es gibt immer mehr Terroranschläge gegen die Zivilbevölkerung, gegen Hilfsorganisationen, Wahlhelfer und gegen Präsidentschaftsbewerber. Der Drogenanbau weitet sich rapide aus, nach der Rohopiumrekordernte 2003 (3 600 Tonnen) ist in diesem Jahr nach Angaben der Vereinten Nationen (VN) mit ca. 4 600 Tonnen mit einem neuen Höchststand bei der Rauschgiftproduktion zu rechnen. Die humanitäre Lage ist in einzelnen Landesteilen, besonders im Süden, nach wie vor angespannt. Die menschenrechtliche Situation – insbesondere von Frauen – ist nach wie vor kritikwürdig. Die Entwaffnung der Milizen verläuft nur schleppend. Diese Entwicklung unterstreicht die Notwendigkeit einer überzeugenden internationalen Sicherheitspräsenz und der Verstärkung der internationalen Anstrengungen für den Wiederaufbau des Landes. Dabei muss Ziel der interna-

tionalen Gemeinschaft sein, nach Erreichung einer selbst tragenden Stabilisierung Afghanistans ihre Präsenz zugunsten afghanischer Strukturen und Entscheidungsträger möglichst zu reduzieren.

Der Deutsche Bundestag nimmt zur Kenntnis, dass die Bundesregierung zwei PRT in Kunduz und Feyzabad im Rahmen des ISAF-Mandats eingerichtet hat und gemeinsam mit anderen Nationen betreibt. Mit Nachdruck erinnert der Deutsche Bundestag an die Verpflichtung der Bundesregierung, alle erdenklichen Maßnahmen zum Eigenschutz und zur Handlungsfähigkeit der Bundeswehr auch in Krisensituationen und unter winterlichen Bedingungen zu ergreifen und dabei die jüngsten Erfahrungen im Kosovo am 17./18. März 2004 und in Feyzabad am 7. September 2004 einzubeziehen. Der Deutsche Bundestag nimmt das Urteil der politischen und militärischen Führung der Bundeswehr zur Kenntnis, dass der Einsatz der deutschen Soldaten in Afghanistan, insbesondere der Einsatz der Regionalen Wiederaufbauteams in Kunduz und Feyzabad, auch unter den schwieriger werdenden Bedingungen voll zu verantworten ist. Allerdings hält es der Deutsche Bundestag in diesem Zusammenhang für bemerkenswert, dass der Bundesminister der Verteidigung eine Aufstockung des Bundeswehrkontingents zwar für notwendig gehalten hat, ohne jedoch vom Deutschen Bundestag zumindest für eine befristete Erhöhung der einzusetzenden Kräfte bei entsprechender Sicherheitslage vorsorglich Zustimmung erbeten zu haben.

Die Bundesregierung hat in der Afghanistan-Politik der internationalen Gemeinschaft eine besondere Verantwortung übernommen („Petersberg Konferenzen“, größtes ISAF-Kontingents, Koordinierungsfunktion beim Aufbau der Polizei) und steht in der Verpflichtung, alles zu tun, damit der Einsatz der internationalen Gemeinschaft in Afghanistan ein Erfolg wird. Dies gilt auch mit Blick auf die Feststellung des Bundeskanzlers beim NATO-Gipfel in Istanbul Ende Juni 2004, dass sich die Zukunft des Bündnisses in Afghanistan entscheide.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

ihrer besonderen Verantwortung in der Afghanistan-Politik gerecht zu werden, indem sie wirksamer als bisher darauf hinwirkt, dass die internationale Gemeinschaft die Stabilisierung des Landes verstärkt und der Wiederaufbau sowie die weitere Bildung und Durchsetzung staatlicher Strukturen beschleunigt werden, die Wahlen in einem sicheren Umfeld durchgeführt werden können, der verfassungsmäßige Prozess fortgesetzt wird, Menschen- und Minderheitenrechte verwirklicht werden sowie bei der Demobilisierung und der Bekämpfung des Drogenanbaus entschiedener vorgegangen wird. Zudem muss auch weiterhin vermieden werden, dass die Taliban, ihre Verbündeten und al-Qaida in Afghanistan erneut Fuß fassen und Terrorcamps errichten. Dies liegt im direkten Sicherheitsinteresse Deutschlands.

1. Die Afghanistan-Politik der Bundesregierung baut auf der Strategie auf, neben der Stabilisierung von Kabul mit einer wachsenden Zahl von PRT die Zentralregierung von Präsident Hamid Karsai zu stärken und Afghanistan zu stabilisieren. Die bisher vorhandenen bzw. von der Staatengemeinschaft zugesagten PRT reichen dafür jedoch nicht aus. Deshalb hält es der Deutsche Bundestag für erforderlich, dass die Bundesregierung erfolgreicher und mit mehr Nachdruck als bisher bei den Bündnispartnern auf die Errichtung weiterer PRT drängt. Eine nicht flächendeckende Struktur von PRT läuft Gefahr, auf halbem Wege stehen zu bleiben und dauerhaften Erfolg nicht erreichen zu können.
2. Das Konzept von Regionalen Wiederaufbauteams (PRT-Konzept) baut auf der Voraussetzung auf, dass das militärische und politische Wiedererstarken der Taliban verhindert wird. Diese Voraussetzung kann das PRT-Konzept selbst nicht schaffen, sondern ist hierbei insbesondere auf eine entsprechende

Aktivität der internationalen Gemeinschaft im Rahmen der Terrorbekämpfung durch die Operation Enduring Freedom angewiesen. Zudem bedürfen Regionale Wiederaufbauteams zur Erfüllung ihres Auftrags, ein sicheres Umfeld in den jeweiligen Einsatzregionen zu schaffen, sowohl einer schnell einsatzfähigen Sicherheitsreserve im Rahmen von ISAF als auch einer engen Abstimmung mit den Kräften von OEF. Die Bundesregierung wird aufgefordert, auf diese Notwendigkeiten ein besonderes Augenmerk zu legen, nationale Einsatzvorbehalte vor allem hinsichtlich der räumlichen Tätigkeit der PRT und von ISAF-Einheiten nur für den Fall unabweisbarer Sicherheitsbelange aufrechtzuerhalten und dafür Sorge zu tragen, dass für lokale krisenhafte Situationen Zahl, Ausrüstung und Ausbildung der Bundeswehrsoldaten nicht hinter den zur Auftrags Erfüllung und zum Eigenschutz notwendigen Anforderungen zurückbleiben.

3. Die Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration der afghanischen Milizen ist eine zentrale Voraussetzung für die weitere Stabilisierung des Landes, für den Auf- und Ausbau staatlicher Strukturen und die Stärkung der Zentralregierung sowie für eine erfolgreiche Bekämpfung des Drogenanbaus. Die bisher für den Entwaffnungsprozess angestrebten Ziele sind bei weitem verfehlt worden. Dadurch wird der Wiederaufbau erheblich gefährdet. Der Deutsche Bundestag ist deshalb der Auffassung, dass die internationale Gemeinschaft die afghanische Regierung stärker und gezielter als bisher dabei unterstützen muss, diese Herausforderung zu bewältigen. Er fordert die Bundesregierung auf, in diesem Sinne aktiv zu werden und dabei auf eine besonders enge transatlantische Zusammenarbeit zu achten und insbesondere auf einen Frieden fördernden Einfluss der Staaten der Region hinzuarbeiten.

Der rapide Anstieg der Rauschgiftproduktion zeigt, dass das bisherige Drogenbekämpfungskonzept der afghanischen Regierung und der internationalen Gemeinschaft nicht greift. Gerade auch weil das Einsatzgebiet der Bundeswehr im Norden Afghanistans in einem Hauptdrogenanbaugebiet liegt, muss die Bundesregierung wirksamer als bisher darauf zu drängen, dass die Drogenbekämpfung unter Führung Großbritanniens an Effektivität und Konsequenz gewinnt. Insbesondere müssen Aufbau, Ausbildung und Ausstattung von schlagkräftigen und durchsetzungsfähigen afghanischen Drogenbekämpfungseinheiten deutlich forciert werden. Auch muss die Unterbindung des Drogenhandels in Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten konsequenter umgesetzt werden. Der Deutsche Bundestag fordert deshalb die Bundesregierung zu prüfen, wie insbesondere der Iran wirksamer in seinem Bemühen unterstützt werden kann, den Drogenhandel aus Afghanistan zu bekämpfen. Für den Erfolg der Drogenbekämpfungspolitik ist eine Intensivierung der entwicklungspolitischen Maßnahmen, insbesondere im Bereich ländliche Entwicklung unverzichtbar, um möglichst rasch Einkommensalternativen zum Drogenanbau zu schaffen. Die Bundesregierung ist gefordert, im Kreis der in Afghanistan tätigen multi- und bilateralen Geber für ein entsprechend intensives Engagement zu werben. Es muss Ziel der internationalen Drogenbekämpfungspolitik sein, vor allem zu verhindern, dass die massiven Finanzströme, die gerade im Aufbau befindlichen politischen und administrativen Strukturen des Landes korrumpieren und die Erfolge des Wiederaufbaus zunichte machen. Zudem haben wir ein nachhaltiges Interesse daran, dass unser Land nicht mit Drogen überschwemmt wird.

4. Dass die Entwicklungsministerin wegen fehlender Finanzmittel sich bis heute nicht in der Lage sieht, in der Region Feyzabad parallel zum militärischen Engagement der Bundeswehr den zivilen Aufbau mit nennenswerten eigenen Mitteln zu fördern, ist symptomatisch für die Arbeit der am Wiederaufbau Afghanistans beteiligten Ressorts der Bundesregierung. Deren Tätigkeit ist mehr durch die gegenseitige Abgrenzung und Zersplitterung ihrer Bemühungen als durch enge Koordinierung und Kooperation gekennzeichnet.

Der Deutsche Bundestag fordert deshalb die Bundesregierung nachdrücklich auf, die entwicklungspolitischen Maßnahmen für den Wiederaufbau und die Maßnahmen zur Friedenssicherung enger aufeinander abzustimmen sowie die Effizienz der deutschen Entwicklungszusammenarbeit mit Afghanistan durch eine konsequentere Koordinierung zu steigern.

Berlin, den 28. September 2004

Dr. Friedbert Pflüger
Christian Schmidt (Fürth)
Dr. Christian Ruck
Peter Hintze
Hermann Gröhe
Dr. Wolfgang Schäuble
Dr. Wolfgang Bötsch
Anke Eymer (Lübeck)
Erich G. Fritz
Karl-Theodor Freiherr von und zu Guttenberg
Joachim Hörster
Volker Kauder
Gerlinde Kaupa
Claudia Nolte
Ruprecht Polenz
Dr. Klaus Rose
Volker Rühle
Bernd Schmidbauer
Dr. Andreas Schockenhoff
Dr. Hans-Peter Uhl
Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion